

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
25. September 2023

Beginn der Sitzung: 18:06 Uhr
Ende der Sitzung: 20:16 Uhr

Ort: Tiengen,
Stadthalle

Öffentliche
Sitzung

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Dr. Frank gibt es keine Einwände zur Tagesordnung und zum Protokoll der vergangenen Sitzungen.

Bürgermeisterin Dorfmeister berichtet über die vorangegangene Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.

74.

Fragestunde

Ein Bürger fordert Dankbarkeit und Wertschätzung gegenüber Oberbürgermeister Dr. Frank. Der Fokus solle auf das Positive seiner Amtszeit gerichtet werden.

Ein weiterer Bürger, dankt Oberbürgermeister Dr. Frank für die Arbeit der vergangenen Jahre.

Ein Bürger fragt, wie viel Prozent der öffentlichen Dachflächen mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet seien und bis wann das Potenzial der Flächen ausgeschöpft werde.

Bürgermeisterin Petra Dorfmeister erklärt, dass sie bis zum Abschluss konkreter Planungen zur kommunalen Wärmeplanung und zum Klimaschutz keine konkreten Zahlen nennen könne. Es werde jedoch alles getan, um diese Themen voranzubringen.

75.

Gesamtfortschreibung des Regionalplans Hochrhein-Bodensee Entwurf zur Anhörung des Regionalplans 3.0

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt Dr. Sebastian Wilske, Verbandsdirektor des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee. Bürgermeisterin Dorfmeister begrüßt Susanne Kaufmann, Leiterin des Bauverwaltungsamtes.

Herr Dr. Wilske erläutert anhand einer Präsentation den Aufbau und die Ziele des Regionalplanes. Der Regionalplan biete laut Herrn Dr. Wilske Optionen, die durch die Stadt genutzt werden können. Im Zuge der Anhörung können nun konkrete Überlegungen oder Vorstellungen hervorgebracht werden, sodass diese in die Planungen integriert werden. Herr Dr. Wilske beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, nimmt Bezug auf weiß markierte Flächen rund um die Bergstadt in Waldshut. Hier habe es extreme Steillagen, die eine Bebauung seines Erachtens sinnlos machen. Er bittet um einen genaueren Blick auf die Topografie. Er sehe vor allem nördlich von Waldshut Entwicklungsmöglichkeiten. Herr Dr. Wilske erklärt, dass der Regionalplan großräumig plane – wie an einzelnen Stellen genau vorgegangen wird, sei letztendlich die Entscheidung der Stadt. Für solche Hinweise sei allerdings jetzt der richtige Zeitpunkt. Bürgermeisterin Dorfmeister dankt für die Anregung und weist darauf hin, dass der Regionalplan nicht parzellenscharf zu lesen sei und Flächen nicht metergenau

untersucht werden können. Sie ergänzt, dass die Pläne auch an die Ortschaften verschickt worden seien, um alle Anregungen zusammentragen zu können.

Stadträtin Antonia Kiefer, GRÜNE-Fraktion, merkt an, dass der Regionalplan bisher nicht verhindert habe, dass von Wutöschingen bis Bad Säckingen viel Gewerbe entlang der Bundesstraße entstanden sei und Wutöschingen und Lauchringen als Kleinzentren große Flächen bebaut hätten. Sie nennt als Beispiel das Vorhaben Modepark Röther. Sie fragt, weshalb solche Projekte durch den Regionalplan nicht verhindert werden könnten. Herr Dr. Wilske erklärt, dass es bisher kein Kapitel zum Einzelhandel gegeben habe und das Thema nicht im Regionalplan, sondern im Landesentwicklungsplan aufgegriffen worden sei. In Bezugnahme auf den Flächenbedarf im Verhältnis zu Nachbarorten erklärt er, dass die Menge der Siedlungsentwicklung von der Stadt im Zuge des Baurechtes entschieden werde – hier müsse eine Trennung der Ebenen erfolgen. Diese Entscheidung liege in den Händen der Stadt bei der Entwicklung der Flächennutzungsplanung.

Herr Dr. Wilske erläutert das weitere Vorgehen: Jetzt sei die Gelegenheit Anmerkungen hervorzubringen. Änderungen im Planentwurf würden dann ein weiteres Mal vorgestellt.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, bis zur übernächsten Sitzung am 30.10.2023, die Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

76.

Einstellung einer pädagogischen Fachberatung

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt Stephanie Meyer, Hauptamt, und die anwesenden Leiterinnen von Kindertagesstätten, Ulrike Bernauer und Kerstin Dürr. Stephanie Meyer erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, fragt, ob für die Stelle Landesmittel beantragt wurden. Stephanie Meyer erklärt, dass dies bisher nicht geschehen sei und sie sich zunächst darüber informieren müsse. Adelheid Kummle erklärt, dass sie das gerne vor einer Abstimmung wissen möchte. Silke Padova, Leiterin des Kinder- und Jugendreferates erklärt, dass es Fördergelder für die Soziale Arbeit gebe, für eine Fachberatung habe sie allerdings noch nie von Förderungen gehört. Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert, dass bis zu den Haushaltsberatungen noch Zeit sei und bis dahin Fördermöglichkeiten überprüft werden. Stephanie Meyer betont die Wichtigkeit der Stelle. Diese habe es schon einmal gegeben, sei dann allerdings nicht mehr nachbesetzt worden.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass die Fraktion noch Beratungsbedarf habe und der Antrag etwas überraschend komme. Sie wünsche sich, dass die Leitungen mehr über das Thema Hilfebedarf erklären. Kerstin Dürr, Leiterin der Kita Eichholzstraße, schildert, dass immer mehr Herausforderungen auf die Kindertagesstätten zukämen, zum Beispiel mangelnde Deutschkenntnisse oder Gewaltbereitschaft von Kindern. Eine fachliche Unterstützung sei aufgrund dieser Probleme notwendig. Ulrike Bernauer, Leiterin der Kita Gurtweil, erläutert, dass stetig mehr Aufgaben von weniger Personal bewältigt werden müssten. Aktuell gebe es eine Krankheitswelle in den Teams, da die Arbeit immer heraus-

fordernder werde. Insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund würden eine Herausforderung darstellen. Durch eine pädagogische Fachberatung wünschen sie sich ein Netzwerk, um zum Beispiel auf Dolmetscher zurückgreifen zu können. Ein weiteres aktuelles Thema sei die Konzeption eines Kinderschutzkonzeptes, wodurch immer mehr durch weniger Erzieherinnen und Erzieher eingehalten und geleistet werden müsse. Stephanie Meyer weist darauf hin, dass das Kinderschutzkonzept auch im Gremium vorgestellt werden könne.

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, fragt, ob diese Fachkraft ausreicht, bzw. was die Fachkraft erfüllen müsse und welches Konzept hier angewendet werde. Stephanie Meyer erklärt, dass es sich nicht nur um Beratung handle, sondern zum Beispiel auch um die Erarbeitung von Fortbildungsmöglichkeiten für Teams. Die Fachkraft ersetze nicht fehlendes Personal, aber unterstütze die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Stadträtin Daniela Tayari, GRÜNE-Fraktion, hakt in Hinblick auf Kindergärten in anderer Trägerschaft nach, ob diese die Fachberatung ebenfalls nutzen können. Stephanie Meyer erklärt, dass die kirchlichen Kindertagesstätten ebenfalls eine Fachberatung hätten. Der Kindergarten Schwalbennest in Tiengen habe keine eigene Fachberatung. Dieser habe zwar weniger Fälle, bei Bedarf könne sie sich allerdings vorstellen, das Angebot auf diesen zu erweitern.

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, unterstützt den Antrag. Wichtig sei, dass die Fachberatung Netzwerke habe, da das als Erzieherin oder Erzieher nicht geleistet werden könne.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, fragt ob eine Elternfachberatung für auffällige Kinder ohne Dolmetscher überhaupt leistbar sei oder ob hier nicht besser zweigleisig gefahren werde mit einer weiteren Person als Dolmetscher. Stephanie Meyer erklärt, dass in den Kitas viele Nationen zusammenkommen würden und es jemanden bräuchte, der 30 Sprachen spreche. Glücklicherweise seien in den Kitas jedoch bereits viele Sprachen vertreten, sodass die Kommunikation möglich sei.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Schaffung einer Stelle im Umfang von 100 % für eine pädagogische Fachberatung zur Beratung und Begleitung der zehn städtischen Kindertageseinrichtungen. Die Stelle wird ab 2024 im Stellplan aufgenommen und die entsprechenden Mittel bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

77.

Ganztages-Grundschule an der Grund- und Werkrealschule Gurtweil Antragstellung zum Schuljahr 2024/2025

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt Bernhard Zimmermann, Schulleiter der Grund- und Werkrealschule Gurtweil.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Beantragung einer Ganztagesgrundschule in Wahlform an der Grund- und Werkrealschule zum Schuljahr 2024/25 zu. Die zur Erfüllung der Trägeraufgaben erforderlichen Mittel (Bereitstellung der Sachkosten, der Randzeiten- und Mittagessensbetreuung und des Mittagessens selbst) werden ab dem Haushalt 2025 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

78.

Möglichkeiten der Nachnutzung des Grundstücks Spitalfonds Waldshut Gutachterliche Stellungnahme

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt Dr. Daniel Schubmann, Rechtsanwalt der Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH. Dr. Schubmann erläutert anhand der beigefügten Präsentation welche Nachnutzungsmöglichkeiten des Spitalgrundstücks rechtlich möglich seien und beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, weist darauf hin, dass der Stiftungszweck erst vor wenigen Jahren geändert wurde, als das Stiftungsvermögen für das Matthias Claudius-Haus benötigt wurde. Für ihn stellt sich nun die Frage, ob dieser erweiterte Zweck wieder zurückgeführt werden könne auf den reinen Krankenhausbetrieb. Da dieser Zweck dann nicht mehr erfüllt werden könne, müsste die Fläche aus seiner Sicht wieder für alle Nutzungen zur Verfügung stehen. Dr. Schubmann erläutert, dass dies durch die Stiftungsaufsicht entschieden werden müsste.

Stadträtin Antonia Kiefer, GRÜNE-Fraktion, fragt, was als Nutzung noch in Frage komme oder ob beispielsweise die Stadtverwaltung auf das Grundstück ziehen könne. Herr Dr. Schubmann erläutert, dass die zum Stiftungszweck genannten Einrichtungen, z.B. Kinderbetreuung nicht abschließend seien. Es gebe keinen konkreten Katalog an möglichen Einrichtungen – die Einrichtung einer Verwaltung falle allerdings nicht unter den Begriff der sozialen Einrichtung.

Stadtrat Jörg Holzbach, FW-Fraktion, weist darauf hin, dass es sich um eine große zu bewirtschaftende Fläche handle. Er fragt, ob auch eine Mischnutzung möglich sei, wenn nicht die ganze Fläche entsprechend des Stiftungszweckes genutzt werden könne. Herr Dr. Schubmann erklärt, dass die Stiftungsaufsicht entscheiden müsse in welchem Rahmen eine Mischform möglich sei, dies aber grundsätzlich denkbar wäre.

Bürgermeisterin Dorfmeister nimmt Bezug auf das Baurecht und fragt, ob dieses hilfsweise zur Definition angewendet werden könne. Das Gebäude sei sehr groß und könne voraussichtlich nicht zu 100 % mit sozialen Zwecken gefüllt werden. Sie fragt, ob auch arrondierende Betriebe wie eine Cafeteria oder ein Laden möglich wären. Herr Dr. Schubmann erklärt, dass das Baurecht zur Auslegung hinzugezogen werden könne, ebenso wie die Abgabenordnung. Ein Café als untergeordnete Nutzung sei im Spital bisher auch möglich gewesen, hier müsse betrachtet werden, was die überwiegende Nutzung des Betriebs sei.

Oberbürgermeister Dr. Frank sagt auf Nachfrage zu, dass das vollständige Gutachten im Nachgang zur Sitzung an die Ratsmitglieder verschickt wird.

Nach weiterer Erörterung.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die „Gutachterliche Stellungnahme“ zu Möglichkeiten der Nachnutzung des Grundstücks des Spitalfonds zur Kenntnis.

79.**Helferkreis Asyl****Koordinierung Ehrenamtsarbeit**

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt die Vertreter der Diakonie sowie Ralph Albrecht, Leiter des Rechts- und Ordnungsamtes. Ralph Albrecht erläutert die Sitzungsvorlage und betont, wie wichtig die Koordinierung der ehrenamtlichen Tätigkeit ist.

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, beklagt, dass der Antrag rückwirkend für das Jahr 2023 gestellt wird. Sie befürworte das Thema, es sei allerdings wichtig, dass solche Anträge im Voraus gestellt werden. So könne Sie nur mit Nein stimmen. Ralph Albrecht erklärt, dass er die Kritik annehme und über den Zeitpunkt gestritten werden könne, die Entscheidung sei im Vorfeld allerdings nicht möglich gewesen.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, betont, dass es sich dabei um ein sehr wichtiges Engagement handle, das unterstützt werden müsse. Auch Stadtrat Dieter Flügel, SPD-Fraktion, bekräftigt dies und fragt nach, ob die Kosten für das nächste Jahr eingeplant werden. Ralph Albrecht erklärt, dass es sich um eine sehr dynamische Situation handle und es große Herausforderungen für die Ausländerbehörde gebe. Die aktuell schwierige Situation werde auch in den Haushalt 2024 eingeplant.

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, stellt den Antrag, dass nur die Kosten für das letzte Quartal 2023 übernommen werden. Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, kann die Ansicht von Frau Kummle nachvollziehen, weist aber darauf hin, dass häufig über die geringe Flexibilität von Bürokratie und Verwaltung geklagt werde. Hier sei wertvolle Arbeit geleistet worden, die wichtig sei und immer wichtiger werde. Er werde dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Beschluss (Antrag Stadträtin Kummle):

Der Gemeinderat beschließt, nur für das letzte Quartal im Kalenderjahr 2023 Mittel für das Diakonische Werk Hochrhein zur Co-Finanzierung der Stelle „Ehrenamtskoordination in der Flüchtlingshilfe“ zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Oberbürgermeister Dr. Frank hält fest, dass der Antrag damit mehrheitlich abgelehnt ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, im Kalenderjahr 2023 bis zu 32.500 € für das Diakonische Werk Hochrhein zur Co-Finanzierung der Stelle „Ehrenamtskoordination in der Flüchtlingshilfe“ zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
4 Enthaltungen

80.

ÜPL für Wohngebäude Zusätzliche notwendige Arbeiten

Bürgermeisterin Dorfmeister führt in das Thema ein und berichtet über die Vorberatung des Bau- und Umweltausschusses, welcher Zustimmung empfehle. Stadträtin Antonia Kiefer, GRÜNE-Fraktion, fragt, wie viele Wohnungen in der Badstraße aktuell leer stehen. Bürgermeisterin Dorfmeister sagt zu, die Information schriftlich nachzureichen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt eine überplanmäßige Ausgabe zur Finanzierung weiterer, notwendiger Arbeiten für verschiedene Wohngebäude in Höhe von 125.747,29 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

81.

Erweiterungsbau Grund- und Werkrealschule Gurtweil Vergabe küchentechnische Anlagen und mobile Trennwände

Bürgermeisterin Petra Dorfmeister berichtet über die Vorberatung des Bau- und Umweltausschusses, welcher Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der Ausschreibung „Küchentechnische Anlagen“ zu einem Auftragswert von 127.908,03 € an die PROHOGA GmbH & Co. KG aus 78054 Villingen-Schwenningen und die Vergabe der Ausschreibung „Mobile Trennwände“ zu einem Auftragswert von 124.836,95 € an die Franz Nüssing GmbH & Co. KG aus 48163 Münster.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

82.

Feuerwehr/Kita Kostenübersicht

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt Carmen Urban, Leiterin des Hochbauamtes. Frau Urban erläutert die Sitzungsvorlage und betont, dass eine abschließende Zahl noch nicht genannt werden könne. Bürgermeisterin Dorfmeister begrüßt Martin Bächle als Architekten des Gebäudes. Herr Bächle erläutert den aktuellen Kostenstand des Vorhabens. Im Folgenden gibt Herr Bächle einen Ausblick auf den weiteren Verfahrensfortgang. Die Eröffnung könne erst erfolgen, wenn alle Abnahmen durchgeführt seien. Hauptverzögerungen in der Kita seien durch ein Brandschutzgutachten entstanden. Aktuell würden die Mängel behoben werden. Dann könne die Brandmeldeanlage aufgeschaltet werden.

Stadtrat Dieter Flügel, SPD-Fraktion, bemängelt, dass viele Sachen im Bereich der Kita nicht richtig gelaufen seien. Diese habe geöffnet, obwohl der Brandschutz nicht gewährleistet gewesen sei. Es handle sich zwar um einen einmaligen Bau, die Sicherheit müsse allerdings gegeben sein und in der Kita müsse vollumfänglich gearbeitet werden

können. Er kritisiert die Bauleitung durch das Architekturbüro bächlemeid und wünscht sich zu den benannten Problemen eine Stellungnahme.

Herr Bächle erläutert, dass der erste Plan zur Eröffnung Anfang 2023 gewesen sei. Es sei allerdings zu einigen Verzögerungen gekommen. Das erste größere Problem sei der Außenputz gewesen, da das ursprüngliche Unternehmen die Arbeiten nicht durchführen konnte und ein neues Unternehmen gesucht werden musste. Herr Bächle gesteht ein, dass vieles gradliniger hätte laufen können. Das liege auch an seiner Person, da er hohe Ansprüche habe und versuche präzise Häuser zu bauen. Dadurch hätten einige Entscheidungen länger als nötig gedauert.

Stadtrat Dieter Flügel, weist darauf hin, dass auch im Bereich der Feuerwehr einige Dinge schief gelaufen seien und nennt Beispiele für nicht funktionierende Sachen. Dabei handle es sich um Verfahrensfehler, bei denen unsauber gearbeitet wurde. Er bittet darum, dass die Probleme so schnell wie möglich gelöst würden. Für gutes Geld werde auch gute Arbeit verlangt. Herr Bächle erklärt, dass es sich bei den genannten Themen weitestgehend um haustechnische Probleme handle, deren Koordination vor Ort nicht die Bauleitung übernehme. Bürgermeisterin Dorfmeister dankt Herrn Bächle für die Ausführungen. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Kostenstand und die noch ausstehenden Arbeiten sowie geplanten Termine zur Kenntnis.

Ergebnis:

Kenntnisnahme

83.

Schlüchtbrücke Pater-Jordan-Straße

Vergabe der Bauarbeiten für den Brückenüberbau, Bekanntgabe Eilentscheidung

Bürgermeisterin Dorfmeister führt in das Thema ein und begrüßt Tiefbauamtsleiter Theo Merz. Herr Merz erläutert die Sitzungsvorlage und beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Ortsvorsteher Claudio Helling dankt für die Eilentscheidung. Er wünsche sich zum Jubiläum von Gurtweil im Jahr 2024 eine fertige Brücke und hakt bezüglich der Ausführungsfristen der Gewerke nach. Theo Merz erklärt, dass dieses Jahr nicht mit dem Bau begonnen werde. Er zeigt sich aber zuversichtlich, dass es in der ersten Jahreshälfte 2024 losgehen könne. Eine konkretere Antwort wisse er in zwei Wochen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Eilentscheidung zur Vergabe der Bauarbeiten für den Brückenüberbau im Zuge des Neubaus der Schlüchtbrücke in der Pater-Jordan-Straße auf Grundlage der VOB/A zur Kenntnis. Die Vergabe erfolgte in 2 Losen an folgende Firmen:

Los 1: Stahlbauarbeiten Brückenüberbau:
Stahl- und Metallbau Winterhalter GmbH, Freiburg
Brutto-Auftragssumme: 421.533,22 €

Los 2: Verrohrung Versorgungsleitungen unter der Brücke:
Boll Rohrleitungsbau GmbH, Waldshut-Tiengen

Brutto-Auftragssumme: 73.740,73 €

Ergebnis:

Kenntnisnahme

84.

Spenden

Oberbürgermeister Dr. Frank verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Andreas Zieringer weist darauf hin, dass seine Spende in der Zusammenstellung nicht korrekt aufgeführt sei. Bei seiner Spende habe es sich um seinen Arbeitslohn in Höhe von ca. 840 € gehandelt.

85.

Bekanntgaben

Bürgschaft

Kämmerer Martin Lauber gibt bekannt, dass die Stadt auf Grundlage des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. Juli 2021 die Bürgschaft für folgendes Darlehen der Stadtwerke GmbH übernommen hat:

Bank	Darlehensbetrag / Ausfallbürgschaft	Zweck
Volksbank Hochrhein 3400220874	3.100.000 € 2.480.000 €	Finanzierung für die Wärmeversorgung und Breitband

Darlehensneuaufnahmen

Kämmerer Martin Lauber gibt die Darlehensneuaufnahmen gemäß der beiliegenden Übersicht bekannt.

Nichtöffentliche Beschlüsse

Protokollführerin Julia Ritz gibt die am 17.07.2023 in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates gefassten Beschlüsse gemäß beigefügter Zusammenstellung bekannt.

Verschiedenes

Mittel Freiwillige Feuerwehr

Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, hakt nach dem Sachstand bezüglich eingestellter Mittel für die Freiwillige Feuerwehr Abteilung West nach. Bürgermeisterin Dorfmeister erklärt, dass diese durch den Oberbürgermeister gestrichen worden seien. Oberbürgermeister Dr. Frank widerspricht, dass er das nicht bestätigen könne.

Verabschiedung Oberbürgermeister Dr. Frank

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, richtet zur Verabschiedung von Oberbürgermeister Dr. Frank einige Worte an diesen. Er hebt die zum Abschluss gebrachten Projekte hervor, beispielhaft den Erweiterungsbau der Grund- und Werkrealschule in Gurtweil oder den Neubau der Feuerwehr mit Kita. Trotz manchmal unterschiedlicher Meinungen sei Dr. Frank bemüht gewesen, sachliche Diskussionen zu führen. Er sei Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger gewesen und mit vielen freundschaftlich verbunden. Raimund Walde dankt im Namen des Gemeinderates für die Arbeit von Herrn Dr. Frank und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Oberbürgermeister Dr. Frank dankt für das Präsent und die Arbeit der Verwaltung. Er habe seine Arbeit gerne gemacht und immer versucht, diese so gut wie möglich zu machen. Es habe sich um acht spannende und erfahrungsreiche Jahre gehandelt, aber es gebe eine Zeit und ein Leben nach dem Amt. Einen großen Dank richtet er an seine Frau und seine Söhne.

Gez.

Dr. Philipp Frank,
Oberbürgermeister

Gez.

Julia Ritz,
Protokollführerin